Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 5. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, den 7. Januar 1925

Italien vor dem Staatsstreich.

Es geht um Mussolinis Kopf, darüber ist er sich ebenso klar wie seine Opposition, d. h. das bunte Gemisch der nichtfaschistischen Parteien in Italien. Eine Zeitlang schien es, als ob auch Teile dieser Parteien ihren Frieden mit dem italienischen Diktator gemacht hatten, aber es war nur ein Waffenstillstand und die Ermordung Matteottis machte diesem ein Ende. Soeben hat vielleicht der fähigste oder vielmehr der einzigste Kopf unter den Gegnern Mussolinis, nämlich Salandra, seine Trennung von ihm, die er schon im Parlament mit aller Deutlichkeit vollzogen hatte, nun noch dadurch unterstrichen, daß er sein Amt als Vertreter Italiens im Völkerbundrat niedergelegt und erklärt hat, daß er mit der ganzen Politik nichts mehr zu tun haben wolle.

Salandra war der Ministerpräsident, den der Marsch gegen Rom am 27. Oktober 1922 herunterfegte. Den Verbitterten hat aber der überwältigende, freilich zum guten Teil durch die Änderung des Wahlrechtes verursachte Sieg der faschistischen Partei doch veranlaßt, dem Kabinett Mussolini seine Dienste anzubieten. Jetzt verläßt er das Schiff, weil er glaubt, daß es demnächst auseinanderbersten wird. Aber — dem Fernstehenden ist ein Urteil darüber freilich sehr erschwert — man weiß doch nicht, ob nicht doch der Kapitän dieses Schiffes Mussolini wieder das freie Meer und freie Fahrt gewinnen wird.

Mussolini ist vor einigen Tagen in der Kammer sehr deutlich geworden. Er hat mit Gewalt gedroht, begnügt sich allerdings zurzeit mit der restlosen Ausschöpfung der Möglichkeit, die ihm durch die Gesetze gegeben wird. Das Pressegesetz wird mit aller nur denkbaren Schärfe angewendet, die nichtfaschistische Presse durch Konfiskation einfach mundtot gemacht. Zweifellos hat er auch seine faschistischen Garden konzentriert und den Exekutivorganen der Verwaltung zur Verfügung gestellt, um jede demonstrative Regung von links her von vornherein und mit aller Kraft niederzuschlagen.

Auf der anderen Seite besteht die gleichfalls zu allem entschlossene Opposition, deren Führer Salandra natürlich bleibt, wenn auch hinter den Kulissen. Mussolini hat den vielleicht verhängnisvollen Fehler begangen, dem Gegner, den er vernichten konnte, nicht nur goldene Brücken zu bauen, sondern ihm auch weit entgegenzugehen. Seine erste Wahlreform, mit der er sich für seine Herrschaft die parlamentarische Grundlage schuf, hat ihm eine unbedingte Gefolgschaft in der Kammer ausreichend gesichert. Doch allzu stark haftete diesem Wahlrecht die Absicht an, dem Faschismus diese Herrschaft zu sichern. Jetzt will Mussolini das Wahlrecht wieder ändern und er ist sich darüber klar, daß die Opposition auf alle Fälle gestärkt wird, wenn es zu Neuwahlen kommt. Noch mehr gestärkt wird, wenn das Wahlrecht geändert wird. Die Opposition gegen ihn hat nichts zu verlieren, nur alles zu gewinnen. Gern umhüllt man sich bei diesem Kampf um die Macht mit einem ethischen Mäntelchen und sprudelt namentlich bei der Opposition über von sittlicher Entrüstung gegen Mussolinis Gewaltherrschaft.

Mussolini wiederum ist nun in eine Lage gedrängt die er seit Jahresfrist glücklich umschifft hatte. Seine Kerntruppen sind jene Faschisten, deren fanatischem Übereifer er alle Gewalttätigkeiten während seiner Regierungszeit zu verdanken hat. Gerade darum, weil es eben seine Kerntruppen waren, auf deren Hilfe er im Kampf gegen die Opposition immer angewiesen war und angewiesen bleiben wird, hat er gegen die Übergriffe dieser Radikalen nie etwas Ernsthaftes gemacht. Hat sich halb oder vielleicht sogar ganz mit ihnen einverstanden erklärt und damit natürlich, sobald es herauskam, seinen Gegnern einen höchst willkommenen Agitationsstoff geliefert. Er hat den vergeblichen Versuch gemacht, auf legalem Wege zu regieren, obwohl er illegal, durch Gewalttat zur Herrschaft kam. Er selbst fühlt jetzt, daß es mit diesen legalen Mitteln der Herrschaftserhaltung wohl zu Ende sein mag, daß nur Gewalt in irgendeiner Form, vielleicht nur ein Staatsstreich ihm noch helfen kann. Seine schon nicht mehr dunklen, sondern recht deutlichen Worte in der Kammer deuten darauf hin. Er hat, als er nach der Eroberung Roms durch seine „Schwarzhemden" zum erstenmal vor die Kammer trat, ihr in das Gesicht geschleudert: „Ich hätte die Macht gehabt, aus diesem Saale ein Biwak für meine Soldaten zu machen; aber ich habe vorläufig davon abgesehen." Vielleicht macht er jetzt den Versuch. Es fragt sich nur, ob es nicht schon zu spät ist.

Mobilisierung der Faschistenmiliz.

In einer Besprechung des Ministerpräsidenten Mussolini, des Ministers des Innern, des Oberbefehlshabers der Karabinieri und des Generalpolizeipräsidenten wurde beschlossen, die faschistische Eisenbahnmiliz teilweise zu mobilisieren, um die Bahnstrecken und Bahnstationen bewachen zu lassen. Alle politisch verdächtigen Lokale sollen geschlossen werden. Die Präfekten haben Vollmacht erhalten, die Nationalmiliz zu mobilisieren. Mehrere Minister, die nicht unbedingt auf Mussolini schwören, sind aus dem Kabinett ausgetreten. Die Regierung hat beschlossen, alle „antimonarchistischen und verfassungsfeindlichen" Vereinigungen aufzulösen.

Die Eröffnung der Parlamente.

Reichstag.

(1. Sitzung.) CB. Berlin, 5. Januar.

Die erste Sitzung des neuen Reichstags begann vor gut besetzten Tribünen. Auch die Öffentlichkeit zeigte großes Interesse. Die Polizei hatte die nötigen Maßregeln getroffen, um die großen Ansammlungen vor dem Reichstagsgebäude zu verhindern. In weitem Umfang war das Reichstagsgebäude und die umliegenden Straßen abgesperrt, da vielerlei Gerüchte von geplanten kommunistischen Demonstrationen umliefen. Der Alterspräsident, der sozialdemokratische Abg. Bock-Gotha, eröffnete die Sitzung vor dem zahlreich versammelten Hause. Die Kommunisten begleiteten die Eröffnungsworte mit dem Rufe: „Wo bleibt die Amnestie?", hielten dann aber eine Zeitlang Ruhe. Nachdem der Präsident die vorläufigen Schriftführer ernannt hatte, verlangte der Kommunist Thälmann das Wort zur Geschäftsordnung. Unter lebhafter Unruhe der Kommunisten erklärte jedoch der Präsident, daß er vor der Konstituierung des Hauses das Wort nicht erteilen könne. Darauf begann der Namensaufruf, der ohne jede Störung verlief und die Anwesenheit von 437 Mitgliedern ergab. Unter den Fehlenden befanden sich Großadmiral von Tirpitz und General Ludendorff. Wie der Präsident mitteilte, sind inzwischen einige Vorlagen der Reichsregierung eingegangen, darunter ein Nachtragsetat für 1924 und das deutsch-polnische Abkommen über die Optionsfrage. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Präsident schlug vor, die nächste Sitzung Mittwoch nachmittags 3 Uhr abzuhalten, um die Präsidentenwahl vorzunehmen. Von kommunistischer Seite wurden darauf Anträge gestellt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Amnestiefragen zu setzen.

Der Abg. Scholz von der Deutschen Volkspartei meinte, daß alle derartigen Fragen erst behandelt werden könnten, wenn eine aktionsfähige Regierung vorhanden sei, und beantragte infolgedessen, den Reichstag bis zu diesem Zeitpunkt zu vertagen. Dem widersprach der sozialistische Abg. Hermann Müller, der aber dafür war, die Frage der Freilassung der verhafteten Abgeordneten sofort nach der Präsidentenwahl zu verhandeln, im übrigen aber die in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwürfe über die Amnestie abzuwarten.

Der Zentrumsabg. Fehrenbach trat für diesen Vorschlag ein. Nach weiteren zeitweise ziemlich erregten Debatten, woran die Abg. Koenen, Erkelenz und Dittmann teilnahmen, wurde schließlich der Vorschlag des Alterspräsidenten angenommen, den Reichstag auf Mittwoch nachmittag zu vertagen. Nach der Präsidentenwahl sollen dann sofort die Anträge auf die Haftentlassung der festgesetzten kommunistischen Abgeordneten behandelt werden. Vom Hause wurde nur der Vorbehalt gemacht, daß dabei keine Debatte stattfinde.

Dann trat Vertagung ein.

Preußischer Landtag.

(1. Sitzung.) tt. Berlin, 5. Januar.

Haus und Tribünen sind sehr stark besetzt. Am Ministertisch ist niemand anwesend. Alterspräsident Herold vom Zentrum eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß er das älteste Mitglied des Landtages ist und daher bis zur Wahl des Landtagspräsidenten die Verhandlungen zu leiten hat. Er begrüßt, von andauerndem Lärm der Kommunisten unterbrochen, die Mitglieder des neuen Landtages, besonders die neueingetretenen, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es der gemeinsamen Arbeit gelingen möge, zum Wohle des preußischen Volkes im Landtage zu arbeiten. (Erregte Zurufe der Kommunisten: Es sitzen noch so viele im Gefängnis! Heraus mit ihnen!) Als Beisitzer nehmen neben dem Präsidenten Platz die Abgg. Müller-Breslau (Soz.) und Oelze (Dnat.). Alterspräsident Herold fährt weiter aus: Der letzte Landtag, der Ende Oktober seine Schlußsitzung abhielt, hat seine Tätigkeit ohne Krisen ausgeübt und in ordnungsmäßiger Weise die Geschäfte erledigt. Nach kurzen weiteren Bemerkungen vertagte sich der Landtag auf Donnerstag, den 8. Januar. Tagesordnung: Wahl des Landtagspräsidenten.

*

Kein Rücktritt des preußischen Kabinetts.

Der preußische Ministerpräsident Braun hatte die Fraktionsführer des Preußischen Landtages zu einer Sitzung zwecks Besprechung der politischen Lage zusammenberufen. Der Ministerpräsident ist dem Vernehmen nach der Ansicht, daß der Ausfall der Wahlen in Preußen dem Kabinett keine Veranlassung zum Rücktritt geben kann. Sollte der Landtag anderer Auffassung sein, so sei es an ihm, mit den durch die Verfassung gegebenen Mitteln wie durch Stellung eines Antrages auf Entziehung des Vertrauens von sich aus die Initiative zu ergreifen.

*

Die Regierungsfrage in Preußen.

Berlin, 5. Januar. Die Deutsche Volkspartei hat beschlossen, den formellen Antrag auf Rücktritt des Preußenkabinetts zu stellen und, falls dieser Antrag nicht die genügende Unterstützung findet, ihre bisherigen beiden Minister aus der Regierung zurückzuziehen. Damit ist die Regierungskrise in Preußen akut geworden. Die Haltung der übrigen Parteien ist ungeklärt.

Noch keine Reichsregierung.

n. Berlin, 5. Januar.

Der Reichstag ist zusammengetreten, ohne daß bisher die Bildung einer verantwortlichen Regierung gelungen wäre. Der bisherige Reichskanzler Marx setzte am gestrigen Sonntag seine Anstrengungen zur Konstituierung eines Kabinetts nach der ausgegebenen überparteilichen Formel fort. Er verhandelte mit einer Reihe von Persönlichkeiten. Von den vier freien oder freiwerdenden Sitzen im Reichsministerium hat der Reichskanzler zwei, das Reichsamt des Innern und das Reichswirtschaftsministerium, Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei angeboten. Innenminister sollte der Landrat a. D. Dr. v. Kries werden, der deutschnationaler Landtagsabgeordneter ist und dritter Vizepräsident der früheren Preußischen Landesversammlung war. Das Wirtschaftsministerium wurde dem Staatssekretär a. D. Neuhaus angeboten, der früher im preußischen Handelsministerium tätig gewesen und ebenfalls Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist. Das Verkehrsministerium sollte der Deutschen Volkspartei zufallen, das Reichsjustizministerium wieder mit dem Abgeordneten Dr. Emminger, Mitglied der Bayerischen Volkspartei, besetzt werden. Die deutschnationalen Kandidaten haben sich aber noch nicht entschlossen, ihre Zustimmung zu geben, da bei ihrer Partei das Angebot erstens nicht als ausreichend betrachtet werden soll und zweitens bestimmte Forderungen in bezug auf Preußen Gestalt angenommen hätten. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in einer Sitzung den Beschluß gefaßt, daß sie ihre Politik in engstem Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion zu führen gewillt ist. Danach stände auch das jetzige preußische Kabinett auf schwachen Füßen. Bei dieser Mehrung der Gegensätze ist heute noch nicht zu sagen, wie Kanzler Marx mit seiner Aufgabe fertigwerden wird.

Die Nichträumung der Kölner Zone.

Die Note.

Berlin, 5. Januar. In der Kollektivnote der alliierten Regierungen über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone heißt es u. a.: „Schon jetzt sind die alliierten Regierungen in der Lage, der deutschen Regierung, ohne den 10. Januar 1925 abzuwarten, mitzuteilen, daß sie den Beweis dafür erhalten haben, daß Deutschland die im Artikel 429 vorgesehenen Bedingungen noch nicht erfüllt hat und bis zu diesem Datum nicht wird erfüllt haben können, um der Vergünstigung der Bestimmungen über die vorzeitige teilweise Räumung teilhaftig werden zu können." Es sind z. B., um nur einige wesentliche Punkte unter den schon jetzt bekannten Tatsachen hervorzuheben, die folgenden Feststellungen gemacht worden: „In Verletzung des Artikels 160 ist der Große Generalstab der Armee in einer anderen Form wiederhergestellt worden. In Verletzung des Artikels 174 sind Freiwillige auf kurze Zeit eingestellt und ausgebildet worden. Entgegen dem Artikel 168 ist die Umstellung der Fabriken für die Herstellung von Kriegsmaterial bei weitem noch nicht durchgeführt. Entgegen den Artikeln 164 bis 169 sind bei der militärischen Ausrüstung festgestellte überzählige Bestände jeder Art vorhanden und es sind bedeutende unerlaubte Vorräte an Kriegsmaterial entdeckt worden. Entgegen dem Artikel 162 sowie den Beschlüssen der Konferenz von Boulogne vom 19. Juni 1920 hat die Umorganisation der staatlichen Polizei noch nicht begonnen. Entgegen dem Artikel 211 hat die deutsche Regierung bei weitem noch nicht alle von den alliierten Regierungen in ihrer Note vom 29. September 1922 geforderten gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen getroffen.

*

Deutsche Erwiderung.

Berlin, 5. Januar. Zu der Note der alliierten Regierungen über die Frage der Räumung der ersten Rheinlandzone erfahren wir an zuständiger Stelle, daß sich die Note offenbar die Vorwürfe zu eigen macht, die insbesondere in der französischen Presse seit einiger Zeit im Zusammenhange mit der Generalinspektion und der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone erhoben worden sind. Diese in der Note zusammengestellten Vorwürfe sind so allgemein gehalten und so wenig sachlich begründet, daß es an der Voraussetzung für eine sachliche Stellungnahme dazu fehlt. Die deutsche Regierung hält es daher für richtig, die Widerlegung dieser Vorwürfe solange zurückzustellen, bis ihr die angekündigten näheren Mitteilungen gemacht sind, und gibt dem dringenden Wunsche Ausdruck, daß dies bald geschieht. Schon jetzt aber stellt die deutsche Regierung fest, daß der Stand der Entwaffnungsfrage nach ihrer Ueberzeugung auf keinen Fall eine so schwerwiegende Maßnahme wie die Verlängerung der Besetzung der ersten Rheinlandzone rechtfertigen kann. Im übrigen wird die deutsche Regierung in kürzester Frist ihren Standpunkt den alliierten Regierungen in einer Antwortnote mitteilen.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF